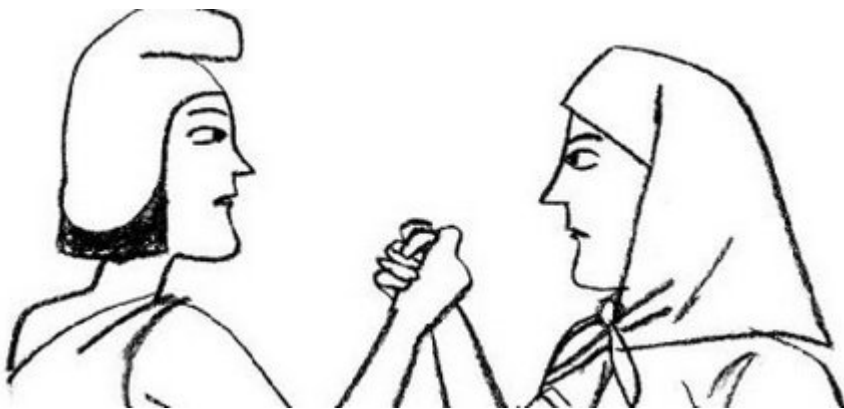


Gerechtigkeit für Fanny Truchelut



Im Juli 2006 erhielt Fanny Truchelut, Besitzerin einer Berghütte in den Vogesen, Besuch von fünf Gästen, zwei davon waren verschleierte Damen. Madame Truchelut, die in ihrer Berghütte keine Schleier dulden wollte, bat die Frauen, diese auszuziehen. Natürlich wurde die Hüttenbesitzerin deswegen [postwendend verklagt](#).

Im Oktober 2007 wurde Truchelut in Epinal der Prozess gemacht. Sie musste es sich gefallen lassen, öffentlich als „rassistisch“ und „nicht besonders intelligent“ abgestempelt zu werden. Fanny Truchelut wurde wegen „religiöser Diskriminierung“ zu einer Strafe von 8.490 Euro verurteilt.

Offenbar ist der Islam mit seinen diskriminierenden Vorschriften dem französischen Recht bereits teurer als die republikanische Freiheit und die gesetzlich festgelegte Gleichberechtigung.

Die 45-jährige alleinerziehende Mutter von zwei Kindern, Fanny Truchelut, musste ihre Hütte verkaufen und ist jetzt auf soziale Unterstützung angewiesen. Sie könnte wegen ihres Schleier-Fauxpas sogar noch im Gefängnis landen.

Nächste Woche geht der Prozess in Nancy in Berufung. Darum sollen alle, die dem Islam kritisch gegenüberstehen, jetzt für die mutige Frau aus dem Elsass Stellung beziehen und ihre Solidarität zeigen. Wenn Truchelut einfach so verurteilt wird und ihre ganze Existenz verliert, ist dies nur noch eine zusätzliche Ermunterung für alle fundamental-islamischen Kräfte, die unsere Gesetze zu unterwandern versuchen.

Die Grundwerte der französischen Republik sind nicht verhandelbar. Der französische Gesetzgeber wird daher aufgefordert, Vorkehrungen zu treffen, damit eine Verurteilung wie im Fall Truchelut, in Zukunft gar nicht mehr Zustande kommen kann.

» Um die Petition zu unterzeichnen, gehen Sie auf die Website:
<http://www.ripostelaique.com/>

(Spürnase: Anne)

Ehrenfelder Inquisition



Der *Kölner*

Stadtanzeiger hatte [geworben](#) – und knapp 200 Kölner Bürger folgten am 14. August dem Ruf zu ~~einer~~

~~Informationsveranstaltung über Bürgerbewegung und Rechtspopulismus~~ zur [Ehrenfelder Inquisition](#) gegen die islamkritische Szene. Nach einer kurzen Einleitung von Zeremonienmeister Helmut Frangenberg (Foto: mit Mikro) vom *Stadtanzeiger* legten die beiden Großinquisitoren Alexander Häusler (oben links) von der FH Düsseldorf und Hans-Peter Killguss (oben rechts) vom NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln los. Dabei wurde offensichtlich, dass alles, was sich gegen Multikulti richtet, mit personifizierten Schmähungen, Halbwahrheiten und Verdrehungen bekämpft werden soll – natürlich auch PI.

Auszug aus Häuslers „Vortrag“:

Die Pro Bewegungen, sind nicht die einzigen Bewegungen von außen, die versuchen vom Erfolg der SVP in der Schweiz zu profitieren. ... Sie versuchen sich rechtspopulistisch als eine Kraft zu verkörpern, die auf die Straße trägt, was angeblich offen nicht mehr gesagt werden kann. Wir haben also insgesamt hier in Nordrhein-Westfalen und landesweit eine Konkurrenz der unterschiedlichen Rechtsaußenparteien, um quasi die Vorherrschaft auf dieses Angstthema, diesen Islam-Islamismus ... Diese Masche findet sich nicht nur in Parteien wieder, sondern auch im militanten neo-nazistischen Umfeld der Rechtsaußenparteien, der militanten Neo-Nazität, die sich selber als freier-nationaler Widerstand begreifen, in sogenannten regionalen Kameradschaften ... Hier ein Beispiel des sogenannten Bundesverbandes zur Bewahrung von Demokratie, Freiheit und Menschenrechten ... auch dies, ein Versuch mit anti-Islam Parolen an die Öffentlichkeit zu gehen und regionale Konflikte in der Art und Weise zu kanalisieren.

Andere Foren sind zum Beispiel die Bewegung Pax Europa, die auch probiert, ... anti-Islam Propaganda ... in parteipolitische Erfolge zu münzen. Als Innovationsforum in dieser Szene gilt unter anderem ein sogenannter Weblog, das heißt, dass sich zumindest „political incorrect“ nennt, der hier von einem Lehrer von dem Bereich Nordrhein-Westfalen her, der ein

solches Forum entwickelt hat, mit einem Publikum von täglich bis zu 3000 Zugriffen oder so, anti-islamischen Populismus betreibt gemischt mit rassistischen Stereotypen. Auch aus diesen ... Kreisen ist die Bewegung Deus Vult, die besonders im Bereich Meiland (?) aktiv geworden ist, wo's auch gemeinsame Stände mit der Bürgerbewegung Pro München gegeben hat, sie dort auch auf populistische Weise probiert, gewisse Themen für sich zu bearbeiten. ... Letztes Jahr am evangelischen Kirchentag in Köln, wo also dieser Täter, dieser kirchlich-fundamentalistischen Bewegung Deus Vult Zusammen mit Vertretern des Internetportals aktiv gewesen ist. Das bleibt nicht bei Propaganda ... im Kontext dieses Blogs „political incorrect“ es auch Aufrufe zum bewaffneten Kampf gegen Muslime im Stadtteil Hausen von Frankfurt gegeben hat. Also die populistische Zuspitzung dieses Themas bleibt nicht stehen bei Androhung, sondern rutscht in einen Raum, bis hin zu Gewaltdrohung.

Die modernen, links-gutmenschlichen Großinquisitoren bekämpfen jede Häresie von der sogenannten *political correctness* mit aller Härte und verfügbaren Arroganz. Es kann und darf im post-post-post humanistischen Zeitalter nur noch eine richtige Meinung geben. Abweichler würde man, nach altbewährtem Rezept, wohl am liebsten aufs Rad flechten – da dies heute jedoch nicht mehr so einfach geht, begnügt man sich damit, sie an den öffentlichen Pranger zu stellen.

P.S.: Wo die nächste Inquisitionsveranstaltung nach [Leverkusen-Rheindorf](#) und Köln-Ehrenfeld stattfinden wird, wurde nicht bekannt.

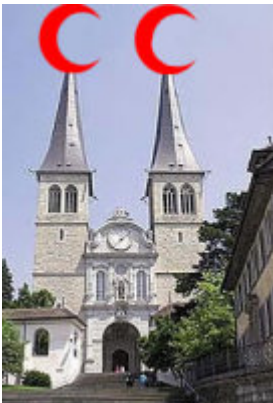
» [Jeder achte Kölner ein Rechtsextremist?](#)

Hausen: Hier sind die Bürger!

☒ „Gebrochener Widerstand,“ [jubelte die Frankfurter Rundschau](#) zum Bau der dritten Moschee im Frankfurter Stadtteil Hausen. Wer jetzt noch dagegen sei: einige unbelehrbare, senile Rentner. Glücklicherweise beherrschen die senilen Rentner den Umgang mit den neuen Medien besser als die SPD-Lohnschreiber, und so kann man in einem Stück vorbildlichen Bürgerjournalismus bei Youtube jetzt die Stimmen der Hausener Bürger hören, die die Rundschau ausblendet. Gleichzeitig lernt man an diesem Beispiel, warum die alten Meinungs- und Belehrungsjournalisten nicht mehr gebraucht werden:

(Spürnasen: Zdai, Hausener Bub)

Schweiz: Ramadan statt Mariä Himmelfahrt



Der Rektor der Universität Luzern (Schweiz), [Professor Doktor Markus Ries](#), möchte – als Mitglied der Christdemokratischen Volkspartei (CVP) und Kirchenhistoriker – christliche Feiertage abschaffen und [durch muslimische ersetzen](#). Statt – als römisch-katholischer Theologe! – am

Christentum und seinen Traditionen festzuhalten, findet er es besser, sich dem Multikulti-Trend anzupassen.

Der Vorschlag von Ries sähe vor, das Ende des Fastenmonats Ramadan mit dem Fest Bayram zu feiern.

Bayram und das islamische Opferfest sind die beiden höchsten Feiertage des Islam. Nun will sie der Luzerner Professor auch in der Schweiz als offizielle Feiertage.

Der Kirchenhistoriker ist sich bewusst, dass sein Vorschlag kaum realisiert wird. Immer weniger Leute hätten Verständnis dafür, wenn die einen den anderen wegen ihres Glaubens vorschreiben, was sie zu tun hätten.

Ob sich die Kinder in Zukunft weiterhin mit „Schöni Wiehnachte!“ oder eher mit „Schöne Ramadan!“ in die Ferien verabschieden, ist noch ungewiss.

Der Widerstand konservativer Kräfte ist auf jeden Fall gewiss. (sda/odj)

» Mail an [Prof. Dr. theol. Markus Ries](#)

(Spürnasen: Daniel G. und Marco)

20. September: Ultrarechter Heumarkt

☒ Während sich die linksextremistische Szene in Köln unter Schirmherrschaft des CDU-OB Schramma in [immer groteskeren Verrenkungen](#) „querlegt“, um den öffentlichen [Auftritt einiger](#)

[rechter Parlamentarier](#) aus Nachbarländern zu verhindern, da dieser in Köln, anders als in Italien, Frankreich, Österreich oder Belgien offenbar zum unmittelbaren Ausbruch des Nationalsozialismus zu führen droht, scheint man auf der organisatorischen Ebene der Kölner Polizei noch gewillt, nach geltendem Recht zu handeln.

Entgegen der aufgeblasenen Ankündigungen des Kölner Polizeipräsidenten, alles zu unternehmen, um die Abschlusskundgebung der Anti-Islamisierungskonferenz zu verhindern, haben die Polizeipraktiker vor Ort jetzt gemeinsam mit dem Veranstalter einen endgültigen Ort für die Kundgebung festgelegt. Die Wahl des Platzes dürfte der Antifa nicht gefallen.

Definitiv findet die Kundgebung jetzt am 20. September, ab 12 Uhr auf dem Kölner Heumarkt statt, und nicht, wie ursprünglich angedacht auf dem Roncalliplatz am Dom. Der Heumarkt am Südrand der Kölner Altstadt, direkt an der Brückenauffahrt zur Deutzer Brücke gelegen, bietet den Veranstaltern einige organisatorische Vorteile.

Hier, wo auch die bekannten Großveranstaltungen zum Karneval am 11.11. und zu Weiberfastnacht stattfinden, dürfte es insbesondere schwerfallen, wie von Schramma und der Antifa geplant, durch Straßensperren nach Balkanart interessierten Bürgern den Zugang zum Platz zu verwehren. Denn anders als der Roncalliplatz, der nur über zwei schmale Zugänge verfügt, die sich mit wenigen Chaoten und einem quergelegten Bürgermeister relativ einfach blockieren ließen, ist der Heumarkt von vielen Seiten zugänglich. Eine Blockade scheint dort weitgehend ausgeschlossen.

Die Einigung auf den Heumarkt als Veranstaltungsort ist ein deutlicher Hinweis, dass die Kölner Polizei gewillt ist, die rechtmäßige Ausübung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit auch am 20. September in Köln zu schützen.

Die Meldung, in korrekter Formulierung des DKP-geführten *Kölner Stadtanzünder* kann man [hier nachlesen](#).

„Als Deutsche hat man da nichts zu suchen“



„Wir haben mehrfach die Problematik von vermeintlichen Ehrverletzungen im türkischen Kulturkreis erlebt, die in einer Eskalation dieser Art enden“, [sagt Stefan Müller](#) vom hessischen Landeskriminalamt. Doch getan wird seit Jahren nichts. Mittlerweile getrauen sich die Rüsselsheimer Bürger schon nicht mehr in die Innenstadt: „Rüsselsheim ist wie Bagdad“ und „als Deutsche hat man da nichts zu suchen“, beschreibt [WELT-Leserin Suzi](#) die deprimierende Lage in ihrer Heimatstadt.

(Foto: Marktstraße in der Innenstadt von Rüsselsheim)

UPDATE: Der von uns zitierte Kommentar wurde inzwischen von der WELT-Redaktion entfernt! Beschwerden an: online@welt.de

SUZI meint:

13.08.2008, 14:00 Uhr

Rüsselsheim ist nicht wie Texas, Rüsselsheim ist wie Bagdad. Ich lebe in dieser Stadt, in der Innenstadt war ich schon seit fünf Jahren nicht mehr. Als Deutsche hat man da nichts

zu suchen, alles voller Türken, Araber, Pakistanis, Schwarzafrikaner, Tamilen. Die Stadt ist völlig heruntergekommen, mitten drin steht eine Ruine die früher mal ein Karstadt war, ansonsten nur Dönerbuden, 99 cent shops, einen C&A gibt es noch, der die Waren verramscht, die in Frankfurt und Mainz übrig geblieben sind.

Die Stadt ist ein Dreckloch, niemand, der sie kennt, wundert sich, daß jetzt in der Fußgängerzone rumgeballert wird. Freitag beginnt die Kirmes, wer da hingehet, muss lebensmüde sein. Regiert wird die Stadt von der SPD, den Grünen und einer linken Wählergemeinschaft namens Liste Rüssel, die Multi Kulti super findet und sich ansonsten darauf beschränkt eine kommunistische Bauwagensiedlung zu schützen, die seit nun mehr 22 Jahren am Mainufer geduldet wird.

Ich schäme mich in dieser Stadt geboren zu sein und hier zu leben. Wenn ich mit dem Studium fertig bin, ziehe ich hier weg. Am besten weit weg, raus aus dem Rhein Main Gebiet. Vielleicht nach Oberbayern oder nach Sachsen, irgendwo hin, wo man als Deutsche noch in Frieden leben kann ohne die ganze Kulturbereicherungskriminalität.

Anschlag auf „Pro Köln“

☒ Von „sozialer Inquisition“ sprechen Kommentatoren angesichts der in der Geschichte der Bundesrepublik bislang beispiellosen Ächtung einer ganzen Bevölkerungsgruppe, die nicht im Chor des Mainstreams mitsingt. Einzigartig ist auch die Koalition von CDU und Linkskriminellen, die sich in Köln gegen eine geplante [Konferenz gegen die Islamisierung](#) zusammenfindet.

Kein Wunder, dass die Kriminellen sich durch Solidaritätsbekundungen von Presse und Oberbürgermeister ermutigt fühlen, jetzt ungehindert ihrer Gewaltneigung nachzugeben. In der vergangenen Nacht gab es einen [Anschlag auf das Büro der Ratsfraktion der Bürgerbewegung „Pro Köln“](#), die seit Wochen Ziel einer koordinierten Hasskampagne ihrer politischen Gegner ist. Mit schweren Steinen wurden Fensterscheiben eingeworfen und die Fassade des Gebäudes durch Farbbomben beschädigt. Da das Büro zur Zeit des Anschlages nicht besetzt war, kamen weder hier noch in angrenzenden Mietwohnungen Personen zu Schaden. Ob es in Zukunft bei Sachschäden bleiben wird, ist angesichts der von CDU-Oberbürgermeister Schramma und der Linkspresse aufgeheizten [Lynchstimmung in Köln](#) mehr als fraglich.

Kein Kölsch für Andersdenkende

✘ Seit die Hakenkreuzfahnen nicht mehr am Dom hängen, hat es in Köln nicht mehr eine vergleichbare Atmosphäre von Denunziation und Hexenjagd wie im Vorfeld des [Anti-Islamisierungskongress am 19./20. September](#) gegeben. Der Kampf gegen Rechts™ treibt immer absurdere Blüten in der künftigen Moscheestadt. Im Wettbewerb, ganz vorne dabei zu sein, wenn es darum geht, die Äußerung verbotener Gedanken zu unterbinden, setzt eine Gruppe linker Kölner Wirte jetzt ihre Kollegen unter Druck, an einer Kampagne teilzunehmen, allen, die Kritik am Islam üben, Lokalverbot zu erteilen.

Nur ein Wirt hatte bisher den Mut, sich dem grundgesetzfeindlichen Unternehmen zu widersetzen, das vom [Kölner Stadtanzeiger](#) und seinem DKP-geschulten Chefredakteur

publizistisch mit unverhohlener Sympathie unterstützt wird.

Es kann nicht sein, dass hier wieder die rechte Soße hochkommt“, sagt Betsy Robinson. Die Wirtin des „[Kornbrenner](#)“ in Nippes ist sich sicher, dass die selbst ernannte „Bürgerbewegung“ mit ihrem „Kongress“ „ihr wahres Gesicht zeigt“. Deshalb habe sie sich der Aktion angeschlossen.

Die Idee, sich als Wirte politisch zu positionieren, war Sabine Baumgart vom „[Q-Hof](#)“ und Peter Zimmermann von der „[Lotta](#)“ am Tresen gekommen. Daraufhin seien die Kollegen angesprochen worden. „Nur eine Kneipe, die wir angefragt haben, hat abgelehnt. Der Wirt wollte keine Politik machen“, berichtet Zimmermanns „Lotta“-Kollege Markus Hemkem. 87 Kneipen haben sich bislang angeschlossen, darunter zahlreiche Lokale in Ehrenfeld. „Gerade in unserem Stadtbezirk müssen wir ein Zeichen setzen“, sagt Manuel Preuten von den „[Hängenden Gärten](#)“.

Teil des Protestes ist eine große Plakataktion, ein gemeinsamer Auftritt im Internet sowie 100 000 mit dem Slogan bedruckte Bierdeckel. Schwerpunkt soll eine kulturelle Aktionswoche vom 12. bis 18. September sein, bei der Künstler und Kulturinitiativen Programme in den Kneipen bestreiten wollen. Bislang stehen 67 auf der [Unterstützerliste](#), darunter Kölner Musiker aus dem Umfeld des „Humba e.V.“ oder die Initiative „Loss mer singe“.

Die Kneipen rechnen damit, dass sich weitere Kollegen und Künstler der Initiative anschließen werden.

Wie objektiv die Berichterstattung in dieser Angelegenheit sein kann, zeigt sich daran, dass der Autor des Artikels, Helmut Frangenberg, sich selbst als Moderator für Gegenveranstaltungen gegen die Ehrenfelder Bürgerinitiative gegen den Moscheebau zur Verfügung stellt. Bei den Kölner Bürgern, soweit sie im Stadtanzeiger [mit Leserkomentaren](#) vertreten sind, hält sich die Begeisterung über die faktische

Abschaffung bürgerlicher Grundrechte in Schrammas Köln in Grenzen.

*„Der neue Faschismus wird nicht sagen: Ich bin der Faschismus. Er wird sagen: Ich bin der Antifaschismus.“
Ignazio Silone, italienischer Schriftsteller (1900-1978)*

„Ungläubige“ sind beleidigend – weg damit



Ein in Europa lebender, frommer Muslim [spricht zu Glaubensbrüdern über den Dschihad](#) und erklärt, dass ein Ungläubiger, der sich gegen den Islam stellt, ungestraft getötet und enteignet werden darf. Gemäß dieser Sichtweise wird jede auch noch so harmlose Kritik am Islam gleich als Krieg verstanden.

Täter sind in den Augen der Muslime die ungläubigen Europäer selbst, die den Islam nicht für sich annehmen wollen. Ungläubige Zivilisten insbesondere durch Attentate zu töten, ist demnach kein Verbrechen. Diese Logik tendiert schlicht und einfach zum Genozid.

„Es ist legitim, dem Ungläubigen sein Leben und seinen Besitz wegzunehmen, außer er tritt zum Islam über oder er genießt

besonderen Schutz. Was bedeutet das? Wenn der Ungläubige zum Islam konvertiert, ist das Problem gelöst – alles in Ordnung, er wird zu unserem Bruder. Dann ist es verboten, ihn zu töten oder zu enteignen, wie man es mit Ihnen, mit mir oder mit jedem anderen Muslim auch nicht machen darf.

Heutzutage muss man in Betracht ziehen, dass diese Ungläubigen sich im Krieg befinden. Sie und ich, wir befinden uns gegenwärtig in einem Land, das sich mit dem Islam und den Muslimen im Krieg befindet.

Die islamischen Staaten im Orient werden fast alle von militärischen Besatzern beherrscht. Tschetschenien, die (spanischen) Städte Ceuta und Mellila, ja, ganz Andalusien ist Territorium, das dem Islam zusteht. Die Spanier okkupieren Andalusien.

Die Feindseligkeit, die Europa den Muslimen und dem Islam gegenüber zeigt, macht den Willen des Volkes deutlich, der sich in den Stimmen der Bürger ausdrückt, in der Verteilung von Steuergeldern, in den Medien – die Presse spielt auch eine Rolle. Diese Ungläubigen muss man als Gegner im Kampf betrachten.

Die Muslime haben daher das gute Recht, dem Feind seinen Besitz ganz legal zu entreißen: Seine Frauen, sein Geld und seine Seele.

Im Rahmen des Dschihad ist es verboten, Frauen und Kinder zu töten oder den Priester in seiner Kirche. Aber wenn letzterer über seine Ideen hinaus am Kampf teilnimmt – mit seinem Geld, seiner Stimme oder jeder anderen Form der Unterstützung für die Ungläubigen – ist er wie jeder andere Kämpfer zu betrachten.

Ein Kind nimmt eine Maschinenpistole in die Hand, um Muslime zu töten. Sollten wir so etwas zulassen, nur weil es uns verboten ist, ein Kind zu töten? Also: Diejenigen, die uns töten, sind nicht einfach nur Kinder – nein, mein Herr – wenn

ein Kind zu den Waffen greift, um Muslime zu töten, muss es getötet werden. Es bleibt keine andere Wahl: Wir müssen es töten, bevor es uns tötet.

Wir werden demnach mit zwei hassenswerten Dingen konfrontiert: Der Ermordung von Muslimen und der von Kindern der Ungläubigen. Angesichts dieses Dilemmas, ziehe ich den Tod ihrer Kinder unserem vor. Warum sollten unsere Kinder sterben und ihre nicht? Wenn es keine andere Lösung gibt, wenn es darum geht, zwischen ihnen und uns zu wählen, ist es mir lieber, es trifft sie. Außer Sie hätten eine bessere Idee.“

(Spürnase: Anne)

Linksextreme trainieren Randale vor Kölner Dom



Sowas gibts wohl nur in Köln: Auf der Domplatte – dort, wo seit Jahren [Walter Herrmann](#) seiner antisemitischen Ader freien Lauf lassen darf - , fand am Samstag ein „öffentliches Blockadetraining“ linksextremer Gruppen von [Antifa](#) bis Attac statt, die gegen den [Anti-Islamisierungskongress von Pro Köln](#) am 19./20.

September mobil machen. Großes Vorbild der Links-Aktivisten sind die gewaltsamen Proteste beim G8-Gipfel voriges Jahr in Heiligendamm.

Wie üblich, wenn es gegen Pro Köln geht, begleitet der [Kölner Stadt-Anzeiger](#) die Randalierer mit einem wohlwollenden Artikel und einer Extra-Fotoline:

Ziviler Ungehorsam will gelernt sein – und muss gut geübt werden. Aus diesem Grund haben sich 40 zumeist Jugendliche am Samstagmittag auf der Domplatte zu einem öffentlichen „Blockadetraining“ verabredet. Die Sonne scheint, ein leichter Wind geht, die äußeren Bedingungen sind optimal. Die Gruppe will Techniken proben wie Hinsetzen, Sitzen-bleiben, Sich-weg-tragen-lassen, Verknoten, Aufstehen, Stehen-bleiben, Sich-durch-geschlossene-Polizeiketten-schlängeln und „Durcheinanderwuseln“. Zu dem Training hat die Antifa eingeladen. Die Veranstaltung ist ordnungsgemäß bei der Polizei angemeldet. Ein Motorradpolizist beobachtet das friedliche Treiben aus einiger Entfernung.

Dann erklärt Sara Zavaree vom „Bündnis gegen Pro Köln“, wie man Polizisten am besten ~~verarscht~~ reinlegt:

„Setzt euch mal hin und bildet einen Block.“ Rücken an Rücken lassen sich je zwei Jugendliche in einer langen Reihe nebeneinander nieder und haken sich unter. „Super!“, lobt Zavaree. „Das ist die effektivste Methode, eine Straße zu blockieren. Da sieht die Polizei ein, dass sie keine Chance hat.“ Nichts soll offenbar dem Zufall überlassen werden, wenn Rechtspopulisten in sechs Wochen in Köln ihren „Anti-Islamisierungskongress“ abhalten wollen. Zu der umstrittenen Veranstaltung der vom Verfassungsschutz unter dem Verdacht des Rechtsextremismus beobachteten Organisation Pro Köln werden nach deren Angaben unter anderem Vertreter vom Front National (Frankreich), der FPÖ (Österreich), der Lega Nord (Italien) und von Vlaams Belang (Belgien) als Redner

erwartet. „Wir werden notfalls Hauptverkehrsstraßen mit Sitzblockaden sperren, um das Treffen zu verhindern“, sagt Reiner Schmidt vom „Bündnis gegen Pro Köln“. Mit 4000 bis 5000 Aktivisten aus ganz Europa rechnet man im September, sagt Sara Zavaree, die auch beim Protest gegen den G8-Gipfel voriges Jahr Heiligendamm dabei war: „Alle Zufahrtsstraßen nach Köln müssen dicht sein.“

Den nächsten Satz sollte man sich auf der Zunge zergehen lassen:

Es könnte aber sein, dass die Polizei etwas dagegen hat.

Keine Sorge, das wird Türkenfritz Schramma, der die linksextremen Proteste gegen Pro Köln massiv unterstützt, schon irgendwie deichseln. Schließlich soll eine [Situation wie im Juni letzten Jahres](#), als die Kölner Polizei Islamisierungsgegner gegen den gewaltbereiten roten Mob in Schutz nahm, tunlichst vermieden werden.

(Spürnasen: Tupples, Rabe K, Bernd von S.)

Sekte öffnet Tor zum Osten

✘ In Berlin-Heinersdorf wird die im Eiltempo gegen den Willen der Bevölkerung hochgezogene Moschee der freiheitsfeindlichen Ahmadiyya-Sekte in Kürze eröffnet. Die Berichterstattung ist vorschriftsmäßig wohlwollend, wobei der *Tagesspiegel* einiges verrät, was die *Welt* lieber verschweigt.

Die [Welt berichtet](#):

Um den Bau der Moschee in Heinersdorf hatte es im Vorfeld

viel Aufregung gegeben. Jetzt steht der erste islamische Sakralbau im Ostteil Berlins kurz vor der Fertigstellung. Im Oktober soll Eröffnung gefeiert werden.

Der erste Neubau einer Moschee im Ostteil Berlins soll Mitte Oktober eröffnet werden. Das kündigte der Vorsitzende der Ahmadiyya Muslim Gemeinde in Deutschland, Uwe Wagishauser, am Sonntag an. Zu den zweitägigen Feierlichkeiten wird der Kalif der Religionsgemeinschaft, Hazrat Mirza Masroor Ahmad (Foto), aus London nach Berlin-Heinersdorf kommen. Er spricht am 17. Oktober in dem neuen Gotteshaus das Freitagsgebet. Als Kalifen bezeichnet die Gemeinschaft ihren spirituellen Führer, den sie in der Nachfolge des Propheten Mohammed sieht.

Hier irrt das Blatt zum ersten, aber sicher nicht letzten Male. Denn ein Kalif ist eben gerade das Gegenteil eines „spirituellen Führers“, nämlich ein Herrscher, der weltliche und religiöse Macht vereint. Nur einen Klick weiter im Internet – ist das der Grund, warum Journalisten es nicht mögen? – erfährt man bei [Wikipedia](#):

Das Kalifat stellt eine [islamische Regierungsform](#) dar, bei der säkulare, also weltliche und geistliche Führerschaft in der Person des Kalifen vereint sind. Es ist somit eine [theokratische](#) Regierungsform. [Mohammeds](#) Staat in [Medina](#) basierte auf einem [theokratischen Modell](#): er war sowohl der Führer der religiösen Bewegung, als auch der Herrscher über den Machtbereich, in dem dieser [Glauben](#) gelebt wurde. Das Kalifat war somit nicht nur ein [Amt](#), es wurde auch mit dem Machtbereich gleichgesetzt, dem Reich des Kalifen.

Das klingt doch schon ganz anders und passt vor allem viel besser zu dem, was zwar der [Tagesspiegel meldet](#), die Welt aber wohlweislich verschweigt:

In dem von der Moschee abgetrennten Vorderhaus wird Platz für

eine Bibliothek, Konferenzräume und zwei Wohnungen geschaffen. In die eine wird Imam Abdul Tariq einziehen, die andere ist für Gäste. Denn die Ahmadiyya, sagt Bauleiter Bauch, seien ein reiselustiges Völkchen. Und die Berliner Moschee werde besonders viele Besucher anziehen, schließlich habe schon vor Jahrzehnten ein Kalif „die Prophezeiung empfangen“, dass Berlin für die Ahmadiyya-Gemeinde „das Tor zum Osten sein wird“. In Leipzig ist man gerade dabei, ein Grundstück für eine Moschee zu suchen. Na also. Vor acht Jahren habe man mit der neuen Bauwelle in Deutschland begonnen, nun sei man schon bei der 20. Moschee, sagt der Bauleiter stolz.

„Da haben Sie's“, sagt Joachim Swietlik, „natürlich wollen die Ahmadiyya missionieren, auch wenn die immer so brav tun“. Der 45-Jährige ist der Vorsitzende der „Interessengemeinschaft Pankow- Heinersdorfer Bürger“ (Ipahb) und hat sein Büro drei Häuser neben der Moschee in einem Gewerbehof. Über der Bürotür hängt ein Kruzifix, das der örtliche evangelische Pfarrer der Bürgerinitiative geschenkt hat – als Zeichen des Widerstands gegen den Islam. An den Bürowänden lehnen Kampfutensilien der vergangenen Jahre. „Wer Moscheen sät und genehmigt, wird Fundamentalismus ernten“, steht auf einem handgeschriebenen Plakat. Die letzte Demo ist ein Jahr her und mittlerweile sei es für ihn ein festes Ritual geworden, vor der wöchentlichen Vorstandssitzung den Baufortschritt zu begutachten, sagt Swietlik. Auch sei ihm der Imam Tariq durchaus sympathisch, als Mensch wohlgemerkt, nicht als Ahmadiyya-Funktionär. Ihren Frieden hätten er und seine 80 Mitstreiter mit der Moschee aber nicht gemacht. „Es brodeln unter den Heinersdorfern immer noch.“ Die Moschee sei der Stein gewordene Beweis, dass die Demokratie nicht funktioniert, wie sie sollte. 6000 Unterschriften habe man gegen die Moschee gesammelt und dem Bürgermeister überreicht, geändert habe das nichts.

Die Ipahb kümmert sich nun auch um andere Sorgen der

Heinersdorfer, aber am 3. Oktober will man wieder demonstrieren. Nicht gegen die Ahmadiyya-Moschee, sondern allgemein gegen Islamismus. Es sei nicht in Ordnung, dass die Moscheen in Berlin ausgerechnet am 3. Oktober ihren Tag der offenen Tür feiern, sagt Swietlik. „Das ist unser Nationalfeiertag. Den wollen die überlagern.“

Das „Tor zum Osten“ ist also demnächst geöffnet, und unter den Lesern des Tagesspiegel ist eben jene Diskussion ausgebrochen, die die Welt durch geschicktes Weglassen solcher Informationen vermeiden konnte: Dass die Ahmadiyyasekte sich jetzt, anders als in den Beschwichtigungsreden im Vorfeld ganz eindeutig zum missionarischen Zweck des Baus bekennt.

Da kann es nicht lange dauern, bis erste Gutmenschen mit dem Hinweis auf christliche Mission die Kritiker zurechtweisen möchten. Gerade hier aber zeigt sich dann, dass die Aufklärungsarbeit der Heinersdorfer Aktiven trotz der vordergründigen Niederlage nicht vergebens war. Denn wie überall erweisen sich die Moscheegegner im Wissen um den Islam den Schönrednern haushoch überlegen. Von „Stammtischparolen“ keine Spur, wenn Tagesspiegel-Leser „Hades“ die albernen Überlegenheitsgesten der Islamisierungsfreunde souverän kontert:

Die betroffenen Heinersdorfer Bürger [auf ihrer Seite](#): „Bedeutet es wirklich, tolerant und weltoffen zu sein, eine Sekte hoffähig zu machen, die ganz offen frauen-, demokratiefeindlich und anti-semitisch ist. Unsere Ablehnung gilt nicht den Menschen, die aus unserer Sicht selbst Opfer dieser Sekte sind.

Unsere Ablehnung betrifft das Menschenbild und speziell das Frauenbild dieser Sekte. Der Umstand das jedes Ahmadiyya-Mitglied dem Londoner Kalifen einen Treue-Schwur (den sogenannten Bai-at) leisten muss und dieser ein Leben lang gültig ist, zeigt die

totalitäre auf Unterwürfigkeit und Gehorsam ausgerichtete Ideologie der Ahmadiyya. In der ausgefeilten Selbstdarstellung präsentiert man sich als „Reformbewegung“ innerhalb des Islam. In Wirklichkeit handelt es sich um eine ultra-orthodoxe, frauenfeindliche und totalitäre Organisation, deren Ziel es ist, einen islam. Staat mit der Sharia als Rechtsgrundlage zu errichten. So Zafrullah Khan in seinem Buch „Der islamische Staat“.

„Die Ahmadiyya-Frauen benötigen die Erlaubnis des Mannes, um am Berufsleben teilnehmen zu können, und dürfen laut Ansicht führender Ahmadiyya-Repräsentanten wie dem derzeitigen Kalifen (siehe Freitagsansprache vom 10.11.2006) oder H. Hübsch's

(in seinem Buch „Islam 99“ auf Seite 124) durch das Reichen „Negativer Zärtlichkeiten“ diszipliniert und somit offen geschlagen werden. Selbst für Ehebruch werden von Hübsch in seinem Buch 100 Peitschenhiebe als Strafe gerechtfertigt, (siehe Seite 122) was einerseits im klaren Gegensatz zu unserem Grundgesetz steht und andererseits im Endeffekt der Anwendung der Todesstrafe gleichkommt, denn das überlebt niemand.

Wie im Streitgespräch (...) nachzulesen ist, werden die Ehen der Ahmadiyya-Frauen arrangiert, was nichts anderes als eine Form der Zwangsehe darstellt. Die Polygamie ist den Ahmadiyya-Männern erlaubt, den Frauen natürlich nicht.“

Danke an Joachim Swietlik und die Heinersdorfer Bürger, deren Aufklärungsarbeit eine Diskussion auf diesem sachlichen Niveau gegen die linken Stammtische auch in Berlin möglich macht. Denen, vor allem aber ihrem ersten und regierenden Stammtischbruder, sollte vielleicht wenigstens zu Denken geben, dass es die Ahmadiyyasekte war, die herausfand, dass Homosexualität eine Krankheit ist, die durch den Genuss von Schweinefleisch verursacht wird. Schönen Dank fürs Türe aufhalten!

(Spürnasen: XYZ, Juris P.)



Koffer – zu Stein geworden

✘ Vor vielen Jahren kam Nargess Eskandari-Grünberg den weiten Weg aus dem Iran nach Frankfurt, um den Deutschen als grüne Integrationsdezernentin Demokratie beizubringen. Jetzt möchte sie sich und den vielen Anderen, die uns seither kulturell bereichern ohne sich wirklich heimisch zu fühlen, ein Denkmal setzen: 16 Koffer vor dem Frankfurter Hauptbahnhof. Damit das Symbol weder von optimistischen noch von bombophoben Eingeborenen falsch verstanden wird, sollen die Koffer allerdings aus Stein sein.

Aus der [Frankfurter Rundschau](#):

Sechzehn aus Stein gehauene Koffer – so könnte das Frankfurter Gastarbeiter-Denkmal aussehen. Doch weil es schnell in Vergessenheit geriet, rückte auch die Diskussion über eine ästhetische Bewertung in den Hintergrund. Immerhin herrscht über den Standort große Einigkeit: Vor dem Hauptbahnhof soll das Denkmal stehen – dort, wo die Menschen, die sich in Frankfurt fern der Heimat nach einer Arbeit umsahen, angekommen sind.

Nun möchten Frankfurts neue Integrationsdezernentin, Nargess Eskandari-Grünberg (Grüne), und die Kommunale Ausländervertretung (KAV) wieder Schwung in das Projekt

bringen, das seit Jahren auf Eis liegt. In der KAV-Sitzung am Montagabend wurde ein Antrag beschlossen, damit das Gastarbeiter-Denkmal „endlich zeitnah“ aufgestellt wird. Die ersten Gastarbeiter seien „mittlerweile im fortgeschrittenen Rentenalter“. Es müsse angestrebt werden, „dass bei der Einweihung auch noch einige von ihnen dabei sein können“.

Mit dem Denkmal werde die Stadt ein Zeichen setzen. Ästhetische Bedenken wischte die KAV rigoros beiseite: Wo bayerische Bierzelte errichtet sind und irgendwelche Werbe-Events abgespult werden – da könne auch dieses Denkmal stehen. Über ein Drittel der Frankfurter hätten einen „Migrationshintergrund“, untermauerte der KAV-Vorsitzende Enis Rifat Gülegen am Dienstag die Forderung seines Gremiums.

Wem das zu viel erscheint, oder wer sonst nicht mit den Verfügungen der iranischen Dezernentin einverstanden ist, dem bleibt immer noch die Möglichkeit auszuwandern, wie Frau Nargess Eskandari-Grünberg (Grüne) erst kürzlich Kritikern des vierten Moscheebaus zu Frankfurt-Hausen nahelegte. Die *Frankfurter Rundschau* hat diese Empfehlung berücksichtigt und schaltet rechts neben dem Artikel ein großes Inserat zur [Auswanderung in die USA](#). Wir wünschen viel Glück bei der Bewerbung um die Greencard!

Unser Foto zeigt einen muslimischen Kulturbereicherer mit typischem Koffer, allerdings auf dem Kölner Hauptbahnhof.

(Spürnase: Pia)

Die österreichische Türkeiverschwörung



Die [türkische Regierung kritisiert Österreich](#) und wirft dem Land Zustände wie 1683 vor. In Österreich werde – unlautererweise natürlich – mit der Angst vor einer schleichenden Islamisierung Wahlkampf betrieben. Das Ereignis 1683 hat einst Europa vor den Türken gerettet, schon klar, dass das neu erstarkte Türkenreich keine weitere derartige Niederlage einstecken möchte. Darum kämpft man mit echten Waffen der Angst: Der Furcht der Gutmenschen, einen Rassismusverdacht auf sich zu laden.

Suat Kiniklioglu, Sprecher des außenpolitischen Komitees der türkischen Regierungspartei AKP (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung), zeigt Unverständnis dafür, dass in Österreich mit der Angst vor einer schleichenden Islamisierung Wahlkampf betrieben wird.

„Wenn man Österreichern zuhört, hat man oft den Eindruck, dass wir das Jahr 1683 schreiben und die Ottomanen gerade erst von Wien abgezogen sind. Man sollte das Thema nicht dramatisieren, sondern möglichst nüchtern und rational damit umgehen“, sagt Kiniklioglu in einem Interview in der Montag erscheinenden Ausgabe des Nachrichtenmagazins „profil“.

Richtig, Herr Kiniklioglu, es herrschen Zustände wie 1683, jedoch sind die Ottomanen noch mitnichten von Wien abgezogen

und Europa ist nicht gerettet. Wir haben uns unsere Brandstifter ins Land geholt und bieten ihnen die Streichhölzer zur Vernichtung all dessen, was einst Europa ausgemacht hat, in williger Selbstaufopferung und Unterwerfung unter den neo-imperialistischen türkischen Kolonialismus.

(Spürnase: gegen-wind)

Geert Wilders zu Besuch bei den Gutmenschen



Beim britischen Gutmenschen-Funk BBC haben Islamkritiker einen schweren Stand – umso mutiger von Geert Wilders, sich der Herausforderung eines Interviews zu stellen. Wilders spricht über seinen politischen Werdegang sowie den Entschluss und die Notwendigkeit eine eigene Partei zu gründen.

Über seine Erlebnisse im Nahen Osten mit Israel – der einzigen Demokratie in der Region – und der Gewaltbereitschaft der islamischen Staaten.

Selbstverständlich wird Wilders von der BBC sofort Undifferenziertheit und Rassismus vorgeworfen, da die Muslime eben als ganze Menschen mit ihrer Religion eins seien (bewunder!) – offensichtlich hält die BBC einen Vergleich von

Wilders mit Hitler für passender als einen Vergleich vom Koran mit Mein Kampf. Doch was ein echter Wilders ist, versucht sogar der BBC den Unterschied zwischen Islamkritik und Rassenhass zu erklären.

Das Interview hören Sie hier:



„Ich würde mich ohne Schleier unwohl fühlen“



Welche Motive junge Muslime bewegt, einen Schleier zu tragen, wollte die FAZ wissen und hat die 32-jährige deutsche Muslimin Attia Nur Ahmad-Hübsch in einem Kurzfilm portraitiert. Sie trägt seit ihrem 19. Lebensjahr eine Burka und einen Gesichtsschleier und würde sich „draußen“ ohne Schleier unwohl fühlen. Sie möchte damit der Außenwelt zeigen, dass sie „für Flirts nicht zu haben“ sei. Die

Verschleierung ist nach ihrer Überzeugung ein Zeichen für den „respektvollen Umgang der Geschlechter miteinander, der sich nicht nur auf ‚dieses eine‘ reduziert“. [So viel Taqiyya auf einmal muss man gesehen haben...](#)